

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein recht merkwürdiges Bild gab in der letzten Gemeindevertretersitzung die nicht öffentlich ausgesprochene Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ab. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Kolander hatte Bürgermeister Zach in einem Zeitungs-Interview der Frankfurter Neuen Presse vom gleichen Tag der Lüge bezichtigt.



Auslöser der Auseinandersetzung waren die Aussagen von Bürgermeister Zach, dass alle Gutachten für die Windkraftanlage auf der Hohen Loh positiv ausgefallen seien sowie die Abstimmung der alten Gemeindevertretung in Bezug auf die geplante Errichtung von Windkraftanlagen einstimmig erfolgt sei.

Kolander bezichtigte Bürgermeister Zach in diesem Interview, die Unwahrheit gesagt zu haben: die Gutachten waren nicht alle positiv und das Abstimmungsverhalten in der Vergangenheit war nicht einstimmig in Bezug auf die Errichtung von Windkraftanlagen

Nun sind wir solche Wadenbeißereien aus der Vergangenheit ja eher von den Grünen gewöhnt, auch heute noch lässt es sich deren Fraktionsvorsitzender nicht nehmen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die anderen Parteien mit beißendem Ton auf die Verfehlungen und Sünden in der Vergangenheit hinzuweisen.

War das Verhältnis zwischen den "Regierungsparteien" bisher von beinahe unterwürfiger Haltung gegenüber dem Bürgermeister geprägt, so ist der jetzige Ton schon bedeutend schärfer. Der Fraktionsvorsitzende der CDU hatte dann jedenfalls alle Mühe, sich wortreich aus der peinlichen Situation heraus zu winden.

Wie tief der Riss durch die "Koalition" geht und ob, wie vom Bürgermeister gefordert, eine öffentliche Entschuldigung seitens der CDU-Fraktion erfolgt, bleibt abzuwarten.

Herzlichst

Ihr Karl Markloff

Neues aus der Gemeinde:

Antwortschreiben der SPD-Fraktion auf den offenen Brief der Kinderlobby Niederdorfelden

Ausgehend von der schlechten Betreuungssituation für Schulkinder hatte die Kinderlobby am 21. März 2007 einen offenen Brief veröffentlicht.
Hier nun die Antwort der SPD-Fraktion:

Sehr geehrte Frau Braune,
sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für Ihren offenen Brief, mit dem Sie auf die Missstände bei der Betreuung von Kindern in Niederdorfelden hingewiesen haben.

Ich versichere Ihnen, alles dazu beizutragen, um mehr Betreuungsplätze in Niederdorfelden zu schaffen.

Die SPD-Fraktion wird bei der nächsten Gemeindevertretersitzung am 26. April einen Antrag stellen, in dem der Gemeindevorstand aufgefordert wird, Maßnahmen zu ergreifen, die die Betreuungssituation in Niederdorfelden kurzfristig zu verbessern.

Die in Ihrem Brief erhobenen Vorwürfe, der vorherige Gemeindevorstand mit Bürgermeister Schneider an der Spitze sei verantwortlich für die jetzigen Missstände, halte ich allerdings in der Sache nicht für zutreffend.

In der letzten Legislaturperiode wurde das Angebot zur Kinderbetreuung deutlich verbessert. So gab es erstmals Betreuungsplätze für Kleinkinder unter drei Jahren in der Kindertagesstätte

Pustebblume. Im Neubaugebiet „Auf dem Hainspiel“ wurde ein zweiter Kindergarten gebaut. Wenn es übrigens nach dem Willen von "Bündnis 90 Die Grünen" gegangen wäre, gäbe es im Neubaugebiet eine Betreuungseinrichtung für Senioren und keinen zweiten Kindergarten. Die Betreuungssituation für Kinder wäre damit noch dramatischer, als sie jetzt ist.

Wenn Bürgermeister Zach gebetsmühlenartig auf Versäumnisse seines Vorgängers hinweist, will er damit nur von den eigenen Unzulänglichkeiten ablenken. Diese Argumentation mochte in den ersten einhundert Tagen seiner Amtszeit noch einigermaßen glaubwürdig klingen, nach fast einem Jahr im Amt entbehrt sie jeder Grundlage.

Abschließend möchte ich Ihnen nochmals versichern, dass die SPD-Fraktion die Probleme von jungen Familien durch fehlende Kinderbetreuung sehr ernst nimmt und alles tun wird, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Markloff

SPD-Ortsverein wählte neuen Vorstand



In einer gut besuchten Jahreshauptversammlung am 3. Mai im Bürgerhaus Niederdorfelden wurden die Weichen für die nächsten Jahre gestellt.

Nach der lebendigen und ermutigenden Aussprache über die Ergebnisse und das Geschehen des letzten Jahres kam es zur einstimmigen Entlastung des bisherigen Vorstandes.

Ebenfalls einstimmig war die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Wolfgang Kraus und der bisherigen Stellvertreterin Edith Fähmann. Neu im Vorstand ist Reinhard Schott als stellvertretender Vorsitzender (auch er wurde einstimmig gewählt).

Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt

wurden Nicole Groß als Kassiererin und als Beisitzer Carsten Frey, unser erstes neues Mitglied aus dem Baugebiet Am Hainspiel.

Erneut einstimmig in seinem Amt bestätigt wurde Schriftführer Dirk Bischoff. Als weitere Beisitzer wurden gewählt: Kurt Haffer, Stefan Köhler, Alexander Link, Karl Markloff jr. und Wilfried Schneider.

Aus dem bisherigen Vorstand ausgeschieden sind Ute Conen und Conny Ohl, bei denen sich der SPD-Ortsverein Niederdorfelden für das in den vergangenen Jahren gezeigte Engagement und die geleistete Arbeit herzlich bedankt.



Der neue Vorstand von links nach recht: Stefan Köhler, Dirk Bischoff, Nicole Groß, Reinhard Schott, Carsten Frey, Wilfried Schneider, Karl Markloff, Edith Fähmann, Kurt Haffer und Wolfgang Kraus

Positive Trends am Arbeitsmarkt

Bericht aus Berlin von Dr. Sascha Raabe MdB: Die jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind sehr erfreulich. Im vergangenen Monat ist die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland auf 3.967.000 gesunken, das ist im Vergleich zum April des Vorjahres ein Rückgang von 824.000. Die 4-Millionen-Marke ist also geknackt.

Wenn man bedenkt, dass die Arbeitslosenzahl noch vor zwei Jahren um mehr als 1,1 Millionen höher lag als heute, ist das eine unglaubliche Entwicklung. Neben dem allgemein guten konjunkturellen Wachstum ist ein Großteil des positiven Trends am Arbeitsmarkt auf die Reformen der früheren rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder zurückzuführen. Das sehen selbst führende Wirtschaftswissenschaftler wie der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Prof. Klaus Zimmermann, so, der meint, es gebe deutliche „Hinweise, dass die Hartz-Reformen wirken“.

Solches Lob für die sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik war lange Zeit nicht en vogue. Was haben wir nicht damals für Prügel bezogen. Jetzt sehen wir, dass es richtig war, den einmal eingeschlagenen Weg auch gegen Widerstände weitergegangen zu sein. Wir können heute das ernten, was wir damals gesät haben. Es braucht eben immer seine Zeit, bis solche Maßnahmen greifen. Eine solche umfassende Reform greift nicht von heute auf morgen. Dass sie Erfolg versprechend war, hätte man seinerzeit mit Blick auf die Arbeitsvermittlung im Main-Kinzig-Kreis bereits erkennen können. Hier wird im Grundsatz schon seit Ende der 90er Jahre auf Initiative des heutigen Landrats Erich Pipa nach dem Motto „fördern und fordern“ verfahren, wie wir es dann bundesweit eingeführt haben. Heute ist der Main-Kinzig-Kreis mit einer Arbeitslosenquote von 6,7

Prozent hessenweit unter den Besten.

Wir haben in der rot-grünen Regierungszeit eine mutige und weitsichtige Arbeitsmarktpolitik gemacht. Das sollten auch diejenigen anerkennen, die damals nichts von den Reformen wissen wollten.

Heute hat der Erfolg natürlich viele Väter (und Mütter). Viele, die sich damals feige in die Büsche geschlagen haben und Gerhard Schröder die Suppe haben auslöffeln lassen, wollen sich jetzt für die guten Zahlen aus Nürnberg feiern lassen.

Wenn das Essen geschmeckt hat, gibt es eben hinterher auf einmal ganz viele Köche. Ich kann unseren Koalitionspartner in Berlin vor solcherart Verschiebung der historischen Realitäten nur warnen. Gerhard Schröder hat die Verdienste seines Vorgängers Helmut Kohl, beispielsweise in der Frage der Deutschen Einheit, nie in Zweifel gezogen.

Angela Merkel sollte heute die gleiche Größe haben und sich nicht mit fremden Federn schmücken. Auch sie wird eines Tages auf dem Boden der Tatsachen landen und sie wird zudem erkennen müssen, dass man Deutschland nicht zwischen zwei Flügen nach Washington und Paris regieren kann.



Neues aus der Gemeinde:

Zerstörungswut auf dem Weinbergsgrundweg

Durch mutwillige Zerstörungswut wurde auf dem Weinbergsgrundweg ein Schaden von mehreren 1000 Euro angerichtet. Die erst vor wenigen Monaten angelegte und fertiggestellte Anlage zur Erholung wurde von vermut-

lich betrunkenen, randalierenden Jugendlichen stark beschädigt. Unter anderem wurden Pfähle herausgerissen, die Drahtgabionen aufgebogen und ein neu gepflanzter Baum stark beschädigt.

AWO und SPD suchen eine Garage!

Der SPD-Orstverein und die AWO Niederdorfelden suchen gemeinsam eine Unterstellmöglichkeit für Tische, Bänke, Sonnenschirme, Grill, und, und, und . . .

Wer eine Garage, eine Scheune oder eine still gelegte Werkstatt oder ähnliches zu vermieten hat

(oder auch von einer Möglichkeit weiß), bitte melden bei:

Ute Conen, Mühlgasse 6, Tel. 3 21 44

AWO-Vorsitzende

oder Wolfgang Kraus,

Berliner Str. 37a,

Tel. 3150, Vorsitzender des

SPD-Orstvereins



SPD-Sommerfest am 12. August mit Andrea Ypsilanti

In diesem Jahr kehrt die SPD mit ihrem traditionellen Sommerfest auf den angestammten Platz vor der evangelischen Kirche zurück. Am 12. August haben die Spitzenkandidatin der hessischen SPD, Andrea Ypsilanti, und der Unterbezirksvorsitzende des SPD-Main-Kinzig-Kreises, Heinz Lotz, ihr Kommen zugesagt. Ebenfalls angesagt haben sich der Landtagskandidat Christoph Degen und unser Bundestagsabgeordneter, Dr. Sascha Raabe.

Durch die Rückkehr des Sommerfestes in den alten Ortskern soll wieder mehr Wert auf Intimität und Gemütlichkeit gelegt und der Kontakt und das Gespräch untereinander besser möglich werden, was im Rahmenprogramm des IRONMAN-Wettbewerbs so leider nicht möglich war.

Außerdem ist der Rahmen besser geeignet, um die in diesem Jahr zahlreich anstehenden Jubilaren-Ehrungen vornehmen zu können.

Christoph Degen - der Landtagskandidat der SPD

Der aus Neuberg stammende Vorsitzende der Jusos Hessen-Süd, Christoph Degen, bewirbt sich um die SPD-Kandidatur im Landtagswahlkreis 40 (Hanau-Land), dem auch Niederdorfelden angehört. Degen wurde vom langjährigen Landtagsabgeordneten und früheren hessischen Wirtschaftsminister Lothar Klemm (SPD), der nicht erneut kandidieren wird, als dessen Nachfolger vorgeschlagen.

Er selber habe Christoph Degen in den vergangenen Jahren als einen hoch motivierten und engagierten jungen Mann kennen gelernt, der wisse, worauf es ankomme und der sowohl bei den Jusos als auch bei der SPD schon vielfältige Tätigkeiten und Funktionen ausgeübt habe, so Klemm.

Als Initiator eines Bündnisses der politischen Jugendorganisationen in Hessen gegen die Studiengebührenpläne der CDU erntete Christoph Degen im vergan-

genen Juni bundesweit Anerkennung und Aufmerksamkeit für seine Initiative Junge Grüne, Jungliberale und Junge Union an einen Tisch mit den Jusos zu holen und zu einer gemeinsamen Erklärung gegen das hessische Studiengebührengesetz zu bewegen.

In seiner Kandidaturerklärung sprach Degen vordringlich die Schieflage der Lebenssituationen junger Menschen an und forderte einen Kurswechsel in der Bildungspolitik hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Nicht nur, dass in Hessen die Zahl derjenigen, die einen Ausbildungsplatz suchen, deutlich über den Werten der vergangenen Jahre liegt; durch die Schulgesetzänderungen der CDU nimmt die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft weiter zu. Und nicht genug, im Oktober hat der Landtag mit CDU-Mehrheit auch noch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren beschlossen.

Der studierte Sonderpädagoge Degen promoviert derzeit an der Universität Frankfurt zu den Bildungsbegriffen der Parteien. Er fordert die Rücknahme des Studienbeitragsgesetzes, längeres gemeinsames Lernen in mehr Ganztagschulen sowie ein Sofortprogramm zur Lösung der Ausbildungsplatzmisere.

Christoph Degen ist neben seiner Tätigkeit als Stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos Hessen zudem auch in der Kommunalpolitik fest verankert. Neben Funktionen bei Jusos und SPD seiner Heimatgemeinde wie auch im Main-Kinzig-Kreis gehört er seit 2002 der Gemeindevertretung der Gemeinde Neuberg an.



Mindestlohn – Jetzt!

Die SPD Main-Kinzig befasste sich auf ihrem Parteitag mit einem Initiativantrag von Erich Pipa und André Kavai zum Thema „Deutschland braucht einen Mindestlohn von 7,50 Euro.“

Die beiden SPD-Politiker forderten die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich vehement für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland von 7,50 Euro einzusetzen und somit der von Bundesarbeitsminister Müntefering initiierten Debatte Nachdruck zu verleihen. Weiterhin regten sie an, dass das SPD-regierte Bundesland Rheinland-Pfalz zu diesem wichtigen Thema eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat einbringt, um der Forderung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes eine Stimme zu geben.

Eine klare Mehrheit der Bundesbürger ist einer Umfrage zufolge für die Einführung von Mindestlöhnen. Auf die Frage, wie Menschen am ehesten geholfen werden kann, die trotz Vollzeitarbeit so wenig Geld verdienen, dass sie von ihrem Einkommen nicht leben können, plädierten knapp zwei Drittel (63 Prozent) für Mindestlöhne, ergab die Umfrage „ARD-DeutschlandTrend“ im Auftrag der ARD- Tagesthemen, die Anfang April veröffentlicht wurde.

„Während der Wohlstand in Deutschland stark wächst, arbeiten viele Menschen für Löhne, von denen sie nicht leben können. Das ist unsozial und ungerecht. 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte beziehen Armutslöhne, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens betragen. Dumpinglöhne schwächen auch die Unternehmen, die sich an der Ausbeutung nicht beteiligen und faire

Löhne zahlen. Die Einkommensschere geht immer weiter auseinander, mit rasant wachsenden Spitzengehältern und Kapitaleinkünften und stagnierenden Löhnen für die Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so der SPD-Unterbezirksvorsitzende Heinz Lotz.

Wenn der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, Frank Bsirske, von Hungerlöhnen und sittenwidrigen Verdiensten spricht, ist das nur die halbe Wahrheit. Der Chef-Funktionär hat jede Menge Tarife abgesegnet, die er gerne bei Kundgebungen als „Gipfel der Ausbeutung“ anprangert. So liegt der Tariflohn einer Friseurin in Brandenburg beispielsweise bei 3,05 Euro. Mit 6,56 Euro für eine Verkäuferin in Niedersachsen liegt der Tariflohn immer noch unter dem geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro. Steht der DGB zu dem Motto seiner Kundgebungen vom 1. Mai: „Du hast mehr verdient“, setzt hoffentlich auch bei Herrn Bsirske und seiner Gewerkschaft ein Umdenken ein und sie folgen dem Beispiel von Transnet, die damit begonnen haben, alle Tarifverträge zu kündigen die unter 7,50 Euro liegen.

Ein abschließender Blick auf die europäischen Nachbarn zeigt, dass der gesetzliche Mindestlohn funktioniert. In Frankreich liegt der Mindestlohn bei 8,27 Euro, in Irland bei 8,30 Euro und in Luxemburg sogar bei 9,08 Euro. Aktuell haben 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Auch die Bundesregierung muss aus unserer Sicht diesen Weg beschreiten. Es kann nicht sein, dass sich die CDU total verweigert. Der Druck der Straße ist noch nicht groß genug. Aber wir arbeiten daran!